



Es ist die Zivilbevölkerung, die in weltweit 130 gewaltsam ausgetragenen Konflikten unermessliches Leid erduldet. Vernichtung und Vertreibung trifft die Menschen vor allem im Irak, Afghanistan, Darfur,

Somalia, Sri Lanka und Pakistan. Ohne die Kriegsoffer anderer Regionen zu vergessen, konzentriert sich die Friedensbewegung auf die Krisen und Kriege im Nahen und Mittleren Osten - aus vielen Gründen.

Die Gefahr einer Eskalation zu einem Weltkrieg ist hier besonders hoch; Rüstungskonzerne im Großen und Wafenhändler im Kleinen profitieren von den Konflikten; der Zusammenhang zwischen ungehindertem Zugang zu (Energie-)Rohstoffen und skrupellosem Machteinsatz ist überdeutlich und die Instrumentalisierung von Menschenrechten und Religion offensichtlich; die Gefährlichkeit der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie für den Atombombenbau nicht zu übersehen; der Versuch, Sicherheit und Frieden durch Militäreinsätze zu erreichen, scheitert seit Jahren; der Terrorismus wurde gestärkt statt überwunden.

Verhandlungen und Dialog statt Aufrüstung und Krieg

Immerhin konnte es u. a. die Friedensbewegung verhindern, dass Deutschland unmittelbar am Irakkrieg beteiligt ist. Aber der Druck auf die Regierung reichte noch nicht, um die indirekte Beteiligung am Irakkrieg zu vereiteln.

Einerseits übernahm die Bundeswehr Überwachungs- und Aufklärungsaktivitäten und entlastete so die US-Streitkräfte. Andererseits gewährte die Bundesregierung der US-Armee Überflug- und Landerechte. Und sie duldet deren Kommandozentralen und Kasernen u. a. in Stuttgart (EUCOM), Ramstein, Mannheim und Heidelberg statt die Stationierungsverträge endlich zu aufzukündigen.

Obwohl die Bundeswehr seit sechs Jahren in Afghanistan unmittelbar im Einsatz ist, hat sich die Sicherheitslage dort ständig verschlechtert. Der Bundeswehreinsatz

verschlingt enorme Gelder, die für den Wiederaufbau des zerstörten Landes fehlen.

Nach den leidvollen Erfahrungen des 2. Weltkriegs wurde mit der UN-Charta die völkerrechtliche Grundlage für Frieden, sozialen Fortschritt und Wohlstand weltweit geschaffen. Das Gewaltverbot und das Verbot von Angriffskriegen und der Vorrang der friedlichen Konfliktlösung sind ihre wesentlichen Kernelemente. Deswegen fordern wir den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und ein Lösung des Konflikts durch Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist eine Bedrohung für den Weltfrieden. Sicherheit und Frieden für beide Seiten müssen durch Verhandlungen erreicht werden, mit dem Ziel die Besatzung der Westbank zu beenden und zwei gleichberechtigte Staaten zu schaffen. Wir unterstützen den Dialog zwischen palästinensischen und israelischen Friedenskräften. Die Lieferung von U-Booten der Bundesregierung an Israel ist kontraproduktiv.

Der Iran kann nur durch Verhandlungen von Atomwaffen abgehalten werden. Als Alternativen zum Atomprogramm muss dem Iran Unterstützung bei der Entwicklung erneuerbarer Energien angeboten werden.

Alle Konfliktparteien müssen in einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Nah- und Mittelost friedliche Lösungen finden.

Erneuerbare Energien und consequenten Klimaschutz statt Rüstung

Statt Energieversorgung und Energiesicherheit als eine im eigenen Land zu lösende Herausforderung zu verstehen, wird der ungehinderte Zugriff auf die Energierohstoffe in Krisenregionen gefordert und auch vorbereitet. Die Energieversorgung von Kernenergie und fossilen Energieträgern unabhängig zu machen reduziert die Gefahr von Kriegen.

Verteidigungsministerium und Wirtschaftskreise propagieren den ungehinderten Zugriff auf die (Energie)Rohstoffe anderer Länder unverhohlen als eine militärische Aufgabe (siehe Verteidigungsweißbuch der Bundeswehr). Eigentliche Ursache von vielen Krisen

und Kriegen sind der (Energie)Rohstoffhunger und der Kampf um diese Ressourcen und nicht der Schutz von Menschenrechten.

Entwicklung und Ausbau erneuerbarer Energien an Stelle der Nutzung der klimaschädlichen fossilen Energieträger schafft Arbeitsplätze, sichert die Energieversorgung und ist wirksamer Klimaschutz. Finanzielle und andere Ressourcen und menschliche Kreativität dürfen nicht für Waffenentwicklung und Waffenproduktion missbraucht werden, sondern werden zur Steigerung der Energieeffizienz und des Energiesparens dringend benötigt.

Für den consequenten Atomausstieg und atomare Abrüstung

Die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie geht mit der Verbreitung von Atomwaffen Hand in Hand und bringt immer mehr Staaten in den Besitz der Atombombe. Alle Atomstaaten müssen die Verpflichtung des Atomwaffensperrvertrages zur atomaren Abrüstung endlich umsetzen.

Atomstaaten müssen ihre Nuklearwaffen von fremden Territorien abziehen und verschrotten. Das gilt besonders für die in Büchel in Rheinland-Pfalz gelagerten amerikanischen Atomsprengköpfe. Die Bundesregierung muss die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden.

Für Abrüstung und Rüstungskonversion

Der EU-Vertrag verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung und schafft eine Rüstungsagentur. In Deutschland werden neue Fregatten ge-



baut und die Weltraumaufklärung mit Radar-Aufklärungssatelliten vorangetrieben, Rüstungsexporte werden gefördert.

Erforderlich ist stattdessen eine radikale Reduzierung der Rüstungsausgaben. Die freiwerdenden Mittel werden für soziale, kulturelle, bildungs-, energie- und arbeitspolitische Maßnahmen dringend gebraucht. Nötig sind die Konversion der Rüstungsindustrie, d. h. die Produktion von zivilen und umweltverträglichen Gütern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich des Klimaschutzes. Die EU und Deutschland müssen die friedliche Konfliktbeilegung ausbauen und mehr Friedensfachkräfte ausbilden.

Für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte - gegen Militarisierung im Inneren

Mit Tornado-Aufklärungsflügen werden Globalisierungskritiker ausgespäht, der Einsatz der Bundeswehr im Innern wird Schritt für Schritt ausgedehnt. Das leistet der Entwicklung zum Überwachungsstaat Vorschub und höhlt demokratische Grundrechte aus. Nachhaltige und wirksame Maßnahmen gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bleiben dagegen auf der Strecke.



Ich/wir unterstütze(n) den Aufruf zum Ostermarsch am 22. März 2008 in Mannheim: (Stand 9. März 2008)

Einzelpersonen: Al-Hayali, Thair (Pharmareferent), Capece, Elwis (NGG-Geschäftsführer), Belz, Winfried (Klinikseelsorger), Caroli-Buch, Barbara, Conrad, Robert (Student), Dollmann, Klaus (Sozialarbeiter), Fontagnier, Gerhard (Bezirksbeirat - Die Grünen), Greune, Gerd (Journalist), Huhn, Martin (Industrie- und Sozialpfarrer), Jerg, Karin (Sozialpädagogin), Kerntke, Gisela; Kieser, Roger (stellv. GBR-Vorsitzender NextiraOne), Kobel, Anton (Gewerkschaftssekretär i.R.), Köhler, Ursula (Lehrerin i.R.), Köhler, Bernd (Grafiker), Kohler, Mathias; Kuch, Gudrun (Stadträtin - Linke Liste), Meder, Mathias (Stadtrat - Die Grünen), Nevermann, Wolf (Heilpraktiker), Reger, Otto (Dipl. Ökonom), Risch, Ursula; Sauer-Gürth, Hedwig (CTA), Schmidt, Konni, Schuster, Roland (Betriebsrat), Spohn-Loge, Klaus-Peter (Sozialsekretär KDA), Thirion-Brenneisen, Gabriele (Stadträtin - Die Grünen), Trüper, Thomas (Betriebsratsvorsitzender), Vehrenkamp, Erich (Gewerkschaftssekretär - IGM), Vehrenkamp, Doris (stellv. BR-Vorsitzende), Weckerle, Tilo (Personalratsvorsitzender Jugendamt), Weiland, Gabriele (Ergotherapeutin), Wenzel, Thomas (Projektleiter IGM / MYPEGASUS), Yaman, Mehmet (Betriebsrat Roche)

Organisationen: Antikriegsforum Heidelberg, Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat der Stadt Mannheim und Kreisverband Mannheim, DGB Weinheim, DIE LINKE Mannheim, DIDF Mannheim, DKP-Kreisverband Mannheim, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Regionalgruppe Rhein-Neckar, Friedensplenum Mannheim, Friedensratschlag Heidelberg, Gewerkschaft NGG Mannheim, IGM-Vertrauenskörperleitung Alstom Power Mannheim, Initiative für Frieden e.V. (IFIAS), Nicaragua-Verein Mannheim-El Viejo, Naturfreunde Ortsverein Mannheim, Linke Liste Mannheim, Revolutionär Sozialistischer Bund - IV Internationale Rhein-Neckar, VVN - Bund der Antifaschisten Kreisvereinigung Mannheim und Heidelberg, Umweltforum Mannheimer Agenda 21

V.i.S.d.P.: Friedensplenum Mannheim, Rheinhäuser Str. 61, 68165 Mannheim

Mitveranstalter: Friedensratschlag Heidelberg & Antikriegsforum Heidelberg

www.frieden-mannheim.de
Friedensplenum.Mannheim@gmx.de

Spendenkonto: Sonderkonto M. Kohler, 12333368 bei der BB-Bank (BLZ 660 908 00)

Aufruf zum Ostermarsch Rhein-Neckar 2008

Für Frieden in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten! Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden!

Karsamstag, 22. März 08, 12 Uhr Paradeplatz MA

Anschließend Fahrradtour zur Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (Neustheim, Seckenheimer Landstraße 12) und zur Spinelli-Kaserne (Feudenheim)

Abschlusskundgebung: 14 Uhr Umweltzentrum

Mannheim-Neckarstadt, Käfertaler Straße 162